

### **Dok-HuF-2010/08**

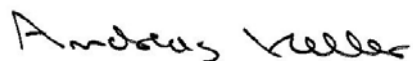
#### **Rede zur DGB-Mai-Kundgebung 2010 in Tübingen**

Verteiler: BFGA HuF, BASS, Projektgruppen beim Vorstandsbereich HuF, interessierte Öffentlichkeit

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Wir gehen vor! Gute Bildung und gute Arbeiten – zwei Seiten einer Medaille“ – unter diesem Motto stand meine Rede zum 1. Mai 2010, die ich auf Einladung des örtlichen DGB in Tübingen hielt. Anbei erhalten Sie/erhaltet ihr das Redemanuskript zur Kenntnis. Über die sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen des DGB hinaus spielten in meiner Rede aktuelle bildungs- und hochschulpolitische Forderungen eine wichtige Rolle – etwa der Zusammenhang zwischen der Qualität von Forschung und Lehre und den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, die Bedeutung des Bildungsstreiks der SchülerInnen und Studierenden oder die Forderung der Gewerkschaften nach einem sozialen Ausbau der Hochschulen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Andreas Keller  
Frankfurt am Main, 3. Mai 2010

**Wir gehen vor!**  
**Gute Bildung und gute Arbeiten – zwei Seiten einer Medaille**

Rede zur Kundgebung des DGB am 1. Mai 2010 in Tübingen  
- es gilt das gesprochene Wort -

Dr. Andreas Keller, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Tübingerinnen und Tübinger,  
liebe Gäste der Stadt!

„Wir gehen vor! Gute Arbeit – gerechte Löhne – starker Sozialstaat“ – so lautet das Motto des diesjährigen Mai-Aufrufs des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

**Wir gehen vor!**

Das schreiben wir den Politikerinnen und Politikern ins Stammbuch, die uns, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, immer wieder neue Rechnungen für die Finanz- und Wirtschaftskrise präsentieren, die wahrlich nicht wir ausgelöst haben. Unsere Solidarität gilt dem griechischen Volk, den griechischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern, Auszubildenden und Studierenden.

Aber: Merkt eigentlich niemand außer uns, dass die Griechenland-Hilfe eine zweite Bankenrettung darstellt? Streichen die deutschen Banken nicht auf dem ganzen Erdball Milliardengewinne aus Staatsanleihen ein? Warum rufen sie immer erst dann nach dem Staat, wenn er ihnen aus der Patsche helfen soll? Aber nicht schon dann, wenn sie die Profite scheffeln?

Den Zockern und Spekulanten muss endlich die Rechnung präsentiert werden - wir fordern daher eine angemessene Beteiligung der Banken an den Hilfen für Griechenland!

Auch der wirtschaftliche Schaden der von Spekulanten und Zockern ausgelösten Krise ist nur mit astronomischen Zahlen zu fassen. Weltweit haben mindestens 100 Millionen Menschen ihre Arbeit verloren. Diese Zahl ist schwer zu umreißen. 100 Millionen Menschen – 100 Millionen Schicksale.

Nach dem Ausbau des Stuttgarter Neckarstadions werden 60.000 Menschen in die Fußball-Arena passen. Nun stellen wir uns 1.700 Neckarstadien vor, weltweit über alle Fußballmetropolen verteilt, bis auf den letzten Stehplatz ausverkauft. So viele Menschen haben ihren Job verloren!

Und was ist mit den Verursachern der Krise? Wurden sie zur Rechenschaft gezogen – nach all den vollmundigen Bekundungen der Politik? Sind die Kapitalmärkte, deren Handeln Bundespräsident Horst Köhler mit dem eines zerstörerischen Monsters verglich, wirkungsvoll reguliert worden?

Nein! Die Hauptverursacher machen munter weiter und ziehen schon wieder Gewinne aus ihrem Treiben. Mit zweistelligen Millionengehältern richten sie sich weiter gemütlich in ihrer Parallelgesellschaft ein – jenseits demokratischer Kontrolle und der sonst so hoch gepriesenen Regeln der Marktwirtschaft.

2008 hat die Politik in einem atemberaubenden Tempo, gleichsam über Nacht, sage und schreibe 500 Milliarden Euro, eine halbe Billion, für das Bankenrettungspaket mobilisiert. Allein in Deutschland. 500 Milliarden Euro – das ist eine Zahl mit elf Nullen, die unser Vorstellungsvermögen übersteigt. Was könnte man mit diesem Geld alles machen!

Zum Beispiel 500.000 Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer einstellen – und 30 Jahre lang bezahlen. Zum Beispiel.

Das Beispiel zeigt: Jahrelang wollte man uns weismachen, es sei kein Geld da – für die Kitas und Schulen, für Fachhochschulen und Universitäten, für soziale Einrichtungen, für die Rente wieder ab 65 (oder früher), für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, für eine menschenwürdige Grundsicherung für Erwerbslose.

Das war gelogen: Geld spielt keine Rolle, hieß es auf einmal, als es um die Milliarden für die Banken ging. Geld spielt keine Rolle, hieß es, als Schwarz-Gelb Hoteliers, Großunternehmen und Erben mit Milliarden beschenkte.

Und Geld spielt keine Rolle, wenn der Fiskus bald auf weitere 25 Milliarden Euro Einkommenssteuer verzichten soll.

Daraus sollten aber wir endlich den Schluss ziehen: Geld ist genug da, und jetzt wollen auch wir endlich ein Stück vom Kuchen abhaben, oder noch besser: die ganze Bäckerei. Wir gehen vor!

Wir gehen vor! Wir fordern gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat!

### **Gute Arbeit**

Das Konzept der schwarz-gelben Bundesregierung lautet: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ Offensichtlich ist man bereit, alle sozialen Standards einzureißen, die Löhne weiter zu senken und Arbeitslose und Beschäftigte noch erpressbarer zu machen.

Die Folge: Unsichere Arbeitsverhältnisse wie Minijobs, Leiharbeit, Befristungen und prekäre Selbständigkeit greifen immer weiter um sich. Dabei ist die Flexibilisierung der Arbeit sowie schon viel zu weit getrieben worden. Und die Risiken der Flexibilisierung tragen ausschließlich die Beschäftigten, während die Arbeitgeber sich ihrer Verantwortung entziehen.

In einer bedeutenden Universitätsstadt wie Tübingen möchte ich auch betonen: Das ist eine Entwicklung, die auch vor den Hochschulen nicht Halt macht. Im Gegenteil: Hochschulen und Forschungseinrichtungen waren in den vergangenen Jahrzehnten die Vorreiter einer hemmungslosen Deregulierung und Flexibilisierung von Arbeit.

Von den über 120.000 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bundesweit an den Hochschulen arbeiten, arbeiten mittlerweile fast achtzig Prozent in Zeitverträgen. Jede zweite und jeder zweite ist teilzeitbeschäftigt. In der Regel nicht weil die Kolleginnen und Kollegen das so wünschen, z. B. um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Sondern mit der stillschweigenden Erwartung, dass in der Freizeit weitergearbeitet wird. Ohne Bezahlung.

Daneben gibt es mittlerweile eine regelrechte akademische Reservearmee von wissenschaftlichen Hilfskräften, Lehrbeauftragten, Privatdozentinnen und Privatdozenten. Scheinselbstständige oder Gelegenheits- und Saisonarbeiter, die für einen Hungerlohn den Lehrbetrieb am Laufen halten.

Damit muss endlich Schluss sein: Wer von exzellenter Lehre und Forschung redet, wie es viele Universitäten in Baden-Württemberg tun, muss auch exzellente Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen bieten.

Oder: Gute Bildung und gute Arbeit sind zwei Seiten einer Medaille.

Immer mehr Studierende erfahren am eigenen Leib, was es heißt, wenn die Unis ihre Dozentinnen und Dozenten nach dem Hire- und Fire-Prinzip beschäftigen. Sie haben gerade noch eine interessante Vorlesung bei ihrer Lieblingsdozentin besucht, schon in den Semesterferien steht sie auf der Straße. Wer nimmt dann die Prüfungen der Studis ab, wer betreut ihre Semesterarbeiten?

Gute Bildung – gute Arbeit. Dieses Motto vereinte auch in den Bildungsprotesten 2009 Studierende, Schülerinnen und Schüler auf der einen Seite, Lehrerinnen und Lehrer, Hochschulbeschäftigte auf der anderen Seite. Für den Juni diesen Jahres haben die jungen Kolleginnen und Kollegen zu einem neuen Bildungstreik ausgerufen.

Um es klar zu sagen: Die Bildungsgewerkschaft GEW und der DGB stehen an der Seite der Studierenden, Schülerinnen und Schüler.

Genau zum richtigen Zeitpunkt. Am 10. Juni werden die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder wieder Mal einen „Bildungsgipfel“ ausrufen. Im Juni müssen die Politiker bekennen, wie viel ihnen die Bildung wert ist, die sie in Sonntagsreden so gerne beschwören. Und zwar in Heller und Pfenning, schwarz auf weiß.

Wir werden ihnen dabei auf die Sprünge helfen. Kein Erfolg beim Bildungsgipfel ohne Bildungstreik – wir gehen vor, Bildung ist mehr wert!

Und wir haben als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter überhaupt kein Problem mit dem Begriff „Bildungstreik“. Die arbeitsrechtliche Bewertung sollten wir den Professoren im juristischen Seminar überlassen. Wir aber soll-

ten stolz sein auf die jungen Kolleginnen und Kollegen, die sich, wenn sie den Begriff „Streik“ benutzen, selbstbewusst auf die Tradition der Arbeiterbewegung beziehen.

Das sage ich auch vor dem Hintergrund, dass das alles andere als selbstverständlich ist. Jahrhundertlang standen die Studenten nicht an der Seite der lohnabhängig Beschäftigten, sondern bei den Herrschenden. Es waren Studenten, die 1933 die Bücher verbrannten. Die bunten Schärpen, die Verbindungsstudenten auch in Tübingen heute noch zur Schau stellen, mahnen uns noch heute.

Und dass Studentinnen und Studenten heute wieder auf die Straße gehen, im Bologna-Zeitalter, in dem das Studentenleben nicht mehr lustig ist, ist daher eine gute Nachricht!

Gute Bildung – gute Arbeit. Nirgendwo als in der Auseinandersetzung um die Bologna-Reformen wurde dieser Zusammenhang so offensichtlich. Die Studierenden klagen über zu viele Prüfungen, zu viel „Workload“. Und mit ihnen unsere Kolleginnen und Kollegen in der Lehre, in der Verwaltung und in der Studienberatung: Sie müssen Prüfungen abnehmen, Anwesenheitslisten führen, Studiengänge reformieren, Studierende betreuen.

Wir, die Gewerkschaften, sollten daher gemeinsam mit den Studierenden für einen Kurswechsel im Bologna-Prozess eintreten. Wir wollen keinen Turbo-Bachelor. Wir brauchen mehr Zeit für Bildung und einen freien Zugang zum Masterstudium für alle.

Und wir brauchen ein besseres Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden – nicht durch weniger Studierende, sondern durch mehr Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen.

Gute Bildung – gute Arbeit. Das bedeutet auch: Wer seine gute Arbeit gut machen soll – und wir alle wollen das – hat den Anspruch, gut ausgebildet und ständig weitergebildet zu werden.

Noch immer haben 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren keine abgeschlossene Ausbildung. Das sind immerhin 15 Prozent dieser Altersgruppe. Noch immer verlassen jedes Jahr mehr als 65.000 junge Menschen

die Schule ohne einen Abschluss. Das ist bildungs- und gesellschaftspolitischer Skandal.

Wir fordern daher eine gute Ausbildung für alle! Betriebe, die jetzt entlassen, Ausbildung zurückfahren und junge Menschen nach der Ausbildung nicht übernehmen, verschärfen den drohenden Fachkräftemangel.

Und: Wir brauchen eine radikale soziale Öffnung der Hochschulen. In den Industrieländern nehmen weltweit über 55 Prozent eines Altersjahrgangs ein Studium auf, in Deutschland sind es gerade mal 40 Prozent.

Die Gewerkschaften fordern daher einen Ausbau der Hochschulen – weg mit dem Numerus Clausus, für jeden Studienberechtigten einen Studienplatz! Schluss mit dem Gebühren-Unsinn, endlich auch in Baden-Württemberg! Mehr BAföG für alle statt Elite-Stipendien!

Wir gehen vor! Wir fordern gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat!

### **Gerechte Löhne**

Nicht die Bankenmanager und Unternehmer, sondern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Leidtragenden der Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Angst um Arbeitsplatzverlust nimmt zu, die tarifpolitischen Durchsetzungsbedingungen sind schwieriger geworden.

Wir bekämpfen jeden Versuch, aus der Not der Krisenopfer Kapital zu schlagen. Der Niedriglohnsektor darf nicht weiter ausgebaut werden. Eine Regierung, die Minijobs und Niedriglöhne fördert, schneidet sich ins eigene Fleisch. Sie verzichtet auf Steuereinnahmen und kalkuliert die Subvention der Unternehmen mit Sozialausgaben ein.

Und: In der Krise ist die Einführung von Mindestlöhnen dringlicher denn je. Die Gewerkschaften fordern daher einen gesetzlichen Mindestlohn. Für gute Arbeit muss ein gerechter Lohn bezahlt werden. Ein gerechter Lohn muss für alle Beschäftigten gelten!

Die Tarifpolitik der Gewerkschaften hat in diesem Jahr mit vernünftigen Abschlüssen zur Beschäftigungssicherung beigetragen gesichert. Das war gut so. Doch auf Dauer entstehen so keine Impulse für die Konjunktur und keine neuen Arbeitsplätze.

Die Ökonomen sagen: Die Binnennachfrage ist in Deutschland viel zu schwach. Wer immer weniger im Portmonee hat, hält sich beim Geld Ausgeben wohl oder über zurück.

Daraus sollten die Gewerkschaften die richtigen Schlussfolgerungen ziehen: Lohnerhöhungen sind das beste Konjunkturprogramm, weil damit die Nachfrage gestärkt, die Wirtschaft angekurbelt und die Einnahmen des Fiskus und der Sozialversicherungen gestärkt werden!

Schluss mit der Lohnzurückhaltung – nicht trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise!

Die GEW führt aktuell mit den Arbeitgebern, der Tarifgemeinschaft des öffentlichen Dienstes der Ländern, Verhandlungen über eine Entgeltordnung für Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen. 2006 haben die Gewerkschaften mit den Ländern einen neuen Tarifvertrag, den TV-L, ausgehandelt. Doch bis heute gibt es keine Entgeltordnung, in der festgelegt wird, in welche Entgeltgruppe die Kolleginnen und Kollegen eingruppiert werden. Für die Lehrkräfte wird die Eingruppierung der Lehrkräfte einseitig von den Arbeitgebern festgelegt – in den so genannten „Lehrer-Richtlinien“. Das ist bequem für die Arbeitgeber, aber für die Lehrkräfte und ihre Gewerkschaft, die GEW, nicht länger hinzunehmen.

In der letzten Verhandlungsrunde, die diesen Donnerstag zu Ende ging, maerten die Arbeitgeber weiter und wiesen alle Forderungen der Gewerkschaften zurück.

Das können wir uns nicht gefallen lassen. Fast alle Landesverbände der GEW haben daher für nächste Woche ihre Mitglieder zu Protestaktionen und Warnstreiks aufgerufen. Die Lehrkräfte in Baden-Württemberg werden gleich am Montag protestieren und sich am Nachmittag zu einer zentralen Aktion in Stuttgart versammeln.

Ihr alle seid aufgerufen, den Lehrkräften an Schulen und Hochschulen in dieser Tarifauseinandersetzung den Rücken zu stärken. Gute Bildung geht nur mit guter Arbeit – wir gehen vor!

Es kann auch nicht sein, dass Lehrerinnen an Grundschulen viel schlechter bezahlt werden als ihre Kollegen an Gymnasien. Denn bundesweit haben wir einen Trend zur gleich langen Ausbildung bis zum Master-Zeugnis für alle Lehrerinnen und Lehrer eine gleich lange Ausbildung. Und es geht dabei auch um den Grundsatz, dass gleiche Arbeit gleich bezahlt werden muss, im typischen Frauenberuf Grundschullehrerin genauso wie in den anderen Lehrämtern.

Typisch weibliche Berufe werden schlechter bezahlt und bewertet als die Männerberufe. Hier ist viel zu tun, denn typisch weiblich und typisch männlich sollte in unserer Gesellschaft und vor allen Dingen in der Arbeitswelt keinen Platz mehr haben.

Mit solchen Stereotypen und Vorurteilen muss Schluss sein! Die überwiegend von Frauen geleistete Arbeit, an Grundschulen, in der frühkindlichen Bildung, aber auch in pflegerischen und vielen anderen Berufen muss endlich aufgewertet und angemessen bezahlt werden!

Deshalb haben sich am 26. März viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter am „Equal Pay Day“ beteiligt. Noch immer herrscht in Deutschland eine eklatante Ungleichheit der Bezahlung zwischen Männern und Frauen. Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern existieren zwar europaweit, aber vor allem in Deutschland ist diese Entgeltlücke besonders groß: In Deutschland haben Frauen im Durchschnitt ein um 26 Prozent niedrigeres Verdienst als Männer. Noch viel schlimmer, die Lücke vergrößert sich sogar. Das hat viel damit zu tun, dass Frauen immer stärker in Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs abgedrängt werden. „Wir gehen vor!“ heißt für die Gewerkschaften daher auch: Frau geht vor – gute Arbeit und gerechte Löhne für Männer und Frauen!

Wir gehen vor! Wir fordern gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat!

### **Starker Sozialstaat**

Ein zukunftsfähiger Sozialstaat kommt nicht ohne mehr Geld aus. Dazu braucht er eine gerechte Steuerpolitik. Die Politik hat aber die Staatskassen regelrecht geplündert. In der Hoffnung auf mehr Wachstum senkten die Fi-

nanzminister kräftig Steuern. Die deutsche Steuerquote sank unter den EU-Durchschnitt. Lediglich in Griechenland, Polen oder der Slowakei wurden noch weniger Steuern erhoben. Das erwartete Wachstum blieb jedoch aus. Lediglich die Schulden kletterten auf neue Rekordhöhen.

Ein „weiter so“ mit Steuergeschenken, Sparpolitik und Lohnschwäche darf es nicht geben. Wir brauchen jetzt einen handlungsfähigen Wohlfahrtsstaat, der kräftig in Bildung, Gesundheit, Umwelt und Infrastruktur investiert!

Mit Hilfe einer Vermögenssteuer und einer reformierten Erbschaftssteuer müssen künftig endlich auch Vermögende mehr zum Gemeinwohl beitragen. Aber auch Spitzenverdiener und Unternehmen müssen steuerlich stärker belastet werden. Durch eine Finanztransaktionsteuer und eine Sondersteuer für Banken können die Krisenverursacher an den Kosten des Rettungseinsatzes beteiligt werden. Steuergerechtigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und für Chancengleichheit!

Gesundheitsminister Rösler will die Zusatzbeiträge als Sprungbrett für die Kopfpauschale nutzen. Und Kopfpauschale heißt im Klartext: Eine Pauschale für alle, ganz egal wie hoch das Einkommen ist. Das bedeutet: Die Rentnerin soll genau so viel bezahlen wie der Manager. Folge: Geringverdienende werden zusätzlich belastet, Gutverdienende werden dagegen entlastet.

Die Kopfpauschale ist nicht nur ungerecht, sondern führt auch dazu, dass der Krankenversicherung Milliarden entzogen werden. Das bedeutet, dass auch die Gesundheitsversorgung in Gefahr ist und – zusätzlich – weitere Privatisierungen drohen.

Darum fordern wir: eine gute Gesundheitsversorgung für alle, solidarisch finanziert – weg mit der Kopfpauschale!

Zu guter Letzt, liebe Kolleginnen und Kollegen:

Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter auch eine anständige Rente bekommen – diesen Satz hören wir zwar immer wieder in den Sonntagsreden von Politikerinnen und Politikern. Aber wenn wir uns die Wirklichkeit anschauen, ist das leider überhaupt keine Selbstverständlichkeit mehr – heute nicht und in Zukunft erst recht nicht. Weil die Politik die Renten massiv ge-

kürzt hat: um 25 Prozent bis zum Jahr 2030. Eine Welle von Altersarmut wird die Folge sein.

Die Rente mit 67 muss daher vom Tisch – und zwar je früher desto besser!

„Deutschland ist auf dem Weg in eine neue Art der Klassengesellschaft.“

Dieses Zitat stammt nicht aus einem der Leitanträge für den DGB-

Bundeskongress in zwei Wochen in Berlin, sondern aus einer Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bekämpfen jeden Versuch, aus der Krise Kapital zu schlagen. Es gilt jetzt, soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Der 1. Mai ist unser Fest der Solidarität. Hier gibt es keinen Fußbreit für alte und neue Nazis, die den Solidargedanken mit Füßen treten und gegen Minderheiten hetzen.

Wir demonstrieren am 1. Mai für gute Arbeit und gute Bildung, für gerechte Löhne und für einen starken Sozialstaat. Ab heute gehen wir wieder vor!